



Substitution: Drogenbeauftragte muss auf Kassen und Ärzte einwirken

Substitution: Drogenbeauftragte muss auf Kassen und Ärzte einwirken
Zur Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage zu den Diskussionen um den geplanten neuen "Einheitlichen Bewertungsmaßstab" der Kassenärztlichen Vereinigung erklärt die Drogenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Angelika Graf: Die Substitutionstherapie ist ein wichtiger Teil der Schadensreduzierung und der Überlebenshilfe in der Versorgung von Opiatabhängigen. Die Premos-Studie der Bundesregierung hat jüngst belegt, dass das Angebot an Therapiemöglichkeiten nicht ausreichend ist und substituierende Ärzte teilweise in rechtlichen Grauzonen agieren müssen. Insbesondere in ländlichen Raum bestehen erhebliche Versorgungsprobleme. Der im Dezember 2012 von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) beschlossene Einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM) droht künftig Hausärzte, die Substitutionsbehandlungen anbieten, schlechter zu stellen. Viele der jetzt substituierenden Hausärzte haben bereits Probleme durch die vielfältigen Versorgungsdefizite und den mangelnden suchtmmedizinischen Nachwuchs. Eine Schlechterstellung der Substitution würde nur dazu führen, dass noch mehr von substituierende Hausärzte hinschmeißen. Dadurch würde die Versorgung noch schwieriger als sie bereits ist. In der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage hat die Bundesregierung nun zugesichert, dass die Drogenbeauftragte der Bundesregierung mit den Kassen und der KBV sprechen wird. Wir unterstützen die Bundesregierung hierbei und fordern sie auf, die Planungen der KBV hinsichtlich der "abweichenden Versorgungsleistungen" kritisch zu besprechen und sich für entsprechende Korrekturen im weiteren Verfahren zum EBM einzusetzen. Aufgrund der problematischen Versorgung von opiatabhängigen Menschen sowohl in Freiheit als auch deutschen Haftanstalten hat die SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Sitzungswoche einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 17/12181). Mit unserem Antrag zur Stärkung der Überlebenshilfe wollen wir die Situation für Süchtige verbessern und diesen helfen, aus der Sucht herauszukommen. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern, damit substituierende Hausärzte nicht unnötig kriminalisiert werden.
SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-5 22 82
Telefax: 030/227-5 68 69
Mail: presse@spdfraktion.de
URL: <http://www.spdfraktion.de>

Pressekontakt

SPD-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

spdfraktion.de
presse@spdfraktion.de

Firmenkontakt

SPD-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

spdfraktion.de
presse@spdfraktion.de

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 222 Abgeordneten zusammen. Alle Abgeordneten, die im September 2005 gewählt wurden und der SPD angehören, bilden die SPD-Bundestagsfraktion. In der Sitzung vom 21. November 2005 hat die SPD-Bundestagsfraktion Dr. Peter Struck zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Mit seinem sehr guten Wahlergebnis führt Struck als Nachfolger von Franz Müntefering nun die SPD-Bundestagsfraktion.